

Etschließungsantrag

der Bundesrät:innen Mag.^a Daniela Gruber-Pruner,
Genossinnen und Genossen

**betreffend jugendliche Straftäter: Gewalt verhindern und Opfer wirksam schützen –
Täterkarrieren stoppen!**

*eingebracht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage an die Bundesministerin für Justiz
in der 964. Sitzung des Bundesrates am 14. März 2024*

In den letzten Wochen hat ein schrecklicher Fall des sexuellen Missbrauchs an einer Minderjährigen die Öffentlichkeit erschüttert. Eine 12-jährige Schülerin wurde mutmaßlich monate lang durch eine Gruppe Jugendlicher sexuell missbraucht, wobei Täter involviert waren, deren Alter unterhalb der Strafmündigkeitsgrenze von 14 Jahren lag. Das Entsetzen über solche Taten ist riesengroß. Die unmittelbare politische und mediale Aufarbeitung mündete alsbald in der Forderung rechtskonservativer und rechter Parteien das Strafmündigkeitsalter von Jugendlichen zu senken. Bundeskanzler Nehammer will dem Ruf der FPÖ folgen, sodass künftig auch unter 14-Jährige ins Gefängnis kommen. Doch nicht die Senkung der Strafmündigkeit von Jugendlichen wird die Gewaltbereitschaft junger Burschen beseitigen. Es geht vielmehr darum, Frauenfeindlichkeit und sexualisierte Gewalt an jungen Mädchen durch junge Täter zu verhindern.

Die verheerende schwarz-blaue Politik im Bereich der Justiz, der Bildung, der Kinder- und Jugendagenden sowie in der Sicherheitspolitik hat dorthin geführt, wo Österreich heute steht. Der vorliegende Fall zeigt besonders deutlich, dass zahlreiche wichtige Maßnahmen und Institutionen unter der Ägide von ÖVP und FPÖ zerstört wurden.

Dazu zählen beispielsweise:

- Schließung des Jugendgerichtshofs,
- Kürzungen sozialarbeiterischer Leistungen bei Kindern und Jugendlichen,
- Aushungern sozialpädagogischer Angebote,
- Zerschlagung wirksamer Integrationsmaßnahmen,
- Ignoranz gegenüber der Forderung nach Studienplätzen für soziale Arbeit,
- Vernachlässigung der Koordinationstätigkeit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe durch die Familienministerin,
- Misswirtschaft von Schwarz-Blau im Gesundheitssystem insbesondere in der kinderpsychiatrischen Betreuung,
- Kaputtsparen der Justiz über Jahrzehnte.

Der Plan der Senkung der Strafmündigkeit reiht sich also in eine Liste des Versagens ein, ist nachweislich nicht sinnvoll und stellt eine Fortsetzung falscher Politik dar. Es gibt keine einzige Expertin/ keinen einzigen Experten, der das Einsperren von unter 14-jährigen für eine passende Maßnahme halten würde. Bei Jugendlichen dieses Alters besteht noch eine extrem hohe Chance, durch sozialpädagogische und psychiatrische Maßnahmen eine Verbesserung zu erzielen.

In der Vergangenheit konnte bereits wiederholt und eindeutig gezeigt werden, dass der abschreckende Effekt von Gefängnisstrafen im Sinne eines kriminalpräventiven Ansatzes bei Kindern und Jugendlichen nicht vorhanden ist. Zudem führt der Vorschlag, diese in jungen Jahren einzusperren, in eine frühzeitige Kriminalkarriere, die sich ein Leben lang fortsetzen wird und

oftmals in Radikalisierung, beziehungsweise einem Leben ohne Perspektiven mündet. Dieser gänzlich falsche Schritt von FPÖ und ÖVP hätte fatale Folgen, die eingespererten unter 14-jährigen würden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in eine lebenslange Verbrecherkarriere gedrängt und niemals zu wertvollen Mitgliedern unserer Gesellschaft werden.

Auch Kriminalsoziolog:innen, Richter:innen, Kinder- und Jugendanwält:innen, Richterpräsident:innen sowie Kinderrechtsexpert:innen äußern sich völlig klar gegen ein Einsperren von unter 14-jährigen:

Eine Herabsetzung der Strafmündigkeit wäre eine klare Verletzung der Kinderrechte¹,
Helmut Sax vom Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte.

„Man müsse präventiv arbeiten, wenn man Straftaten verhindern will“,
Christian Netzer von der Kinder- und Jugendanwaltschaft Vorarlberg.

***„Das Gefängnis ist für Jugendliche der schlechteste Ort,
wenn man bei ihnen Verbesserungen erreichen will,“***
Oliver Scheiber, Richter am Bezirksgericht Meidling.

“Die Kinder müssen lernen, sich in unserer Gesellschaft so zu bewegen, dass sie eben keine Normen verletzen. Und das lernen sie nicht im Gefängnis, sondern das lernen sie außerhalb vom Gefängnis.”
Thomas Marecek, Verein Neustart

Auch der Präsident des OGH, Georg Kodek, mahnt in der aktuellen Debatte um eine Senkung der Strafmündigkeit zu "Vorsicht und Besonnenheit ... ein Wegsperren allein wäre keine Lösung"!¹

All diese Stimmen raten also dringend vom populistischen, aber wirkungslosen Vorschlag der FPÖ und des Bundeskanzlers ab, weil damit weitere Zukunftsperspektiven zerstört und zugleich keine positiven Effekte für die Gesellschaft erreicht werden. Jetzt müssen schwarz-blaue Fehler umgehend repariert, umfassende Strategien zur Vermeidung von Gewalt und Straftaten umgesetzt und endlich der Fokus auf einen wirksamen Opferschutz gelegt werden.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert dem Nationalrat und dem Bundesrat umgehend Vorschläge zuzuleiten, mit dem sie schwarz-blaue Fehler repariert, die Gesellschaft wirksam schützt und mit zukunftsweisenden Maßnahmen für weniger Jugendkriminalität sorgt, statt Verbrecherkarrieren zu fördern. Dazu zählen auf jeden Fall folgende Maßnahmen:

- ***Opfer endlich wirksam schützen***
 - ***Ausbau und Verstärkung der individuellen Opferbetreuung (juristisch, psychosozial, gesundheitlich);***
 - ***Ausbau und Verstärkung des individuellen Schutzes von Opfern beispielsweise durch Annäherungs- bzw. Kontaktverbote für Täter;***

¹ <https://orf.at/stories/3351077/>

- **Gewaltambulanzen in jedem Bundesland** - in diesen Ambulanzen soll durch Expert:innen für Gewaltdelikte möglichst früh geholfen, richtig versorgt und beraten werden können; diese Ambulanzen haben die Aufgabe Beweise zu sichern und damit die Aufklärungs- und Verurteilungsquote zu erhöhen sowie den Opfern durch ordentliche Beweissicherung mehrfache Aussagen zu ersparen;
- **Bundesgesetzliche Einführung und Finanzierung von kleinstrukturierten sozialpädagogischen bzw. psychiatrischen Wohngemeinschaften** für 12 bis 14-jährige mit **Ausgangsbeschränkungen als ultima ratio**, in denen eine **24-Stunden-Betreuung** zur Verfügung steht und zwar **außerhalb des strafrechtlichen Systems**;

- **Mit vernünftigen Konzepten in die Zukunft**

- Sofortige Verbesserung von Qualität und finanzieller Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe, um Interventionen in prekäre Familienverhältnisse zu ermöglichen und Eltern von gewaltbereiten Jugendlichen stärker in die Pflicht zu nehmen;
- Ausbau von Resozialisierungsprogrammen für junge Straftäter;
- Ausbau und Finanzierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Entwicklung von Diversionsprogrammen unter Wahrung der Menschenrechtsnormen, um mit jugendlichen Straftätern umzugehen, ohne ein Strafverfahren einzuleiten;
- Die Wiedereinrichtung des Jugendgerichtshofs bzw. von Jugendkompetenzzentren auf Ebene der Landesgerichte;
- Einrichtung eines permanenten Krisenstabes unter Einbeziehung von Expert:innen der Kinder- und Jugendhilfe, von Polizei und Justiz, Opferschutzeinrichtungen und der sozialen Jugendarbeit;
- Etablierung eines engmaschigen Betreuungsnetzes und Fallkonferenzen unter Einbeziehung von Polizei, Kinder- und Jugendhilfe, Opferschutzeinrichtungen und allfälliger weiterer relevanter Player;
- Pflicht-Ausbildung und Sensibilisierung in Sachen Kinder- und Jugendschutz für alle betroffenen Berufsgruppen sowie mit entsprechenden Ressourcen ausgestattete Kinderschutzteams in allen pädagogischen Einrichtungen;
- Ausbau digitaler Grundbildung, beziehungsweise der Medienkompetenz und Maßnahmen gegen Gewalt und sexualisierte Gewalt im Internet;
- Maßnahmen für mehr Fachpersonal beispielsweise bei den Sozialarbeiter:innen, in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, von Psycholog:innen, in der Sozialpädagogik etc.;
- österreichweite massive Aufstockung und faire Verteilung der Studienplätze „Soziale Arbeit/Sozialpädagogik“, ein Schwerpunkttausbau im Fachbereich „Schulsozialarbeit“ und die Öffnung des Arbeitsfeldes für Quereinsteiger:innen;
- Die Zurverfügungstellung und bundesweite Finanzierung des Auf- und Ausbaus multiprofessioneller Teams inklusive Schulpsycholog:innen für jeden Schulstandort (analog dem Schulärzt:innensystem) um Schüler:innen regelmäßig betreuen zu können und präventiv tätig zu werden;
- Ausbau der Burschenarbeit in Bildungseinrichtungen und in der aufsuchenden Sozialarbeit, Fair Play Teams in allen Bezirken einrichten und finanziell ausstatten – unter Berücksichtigung besonderer Formate für Burschen mit Migrationshintergrund;
- Flächendeckendes Angebot der gewaltpräventiven Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeit mit allen Bildungseinrichtungen sowie regelmäßige Schwerpunktaktionen mit Fokus „Jugendbanden“;

gruber-preuner
(GRUBER-PREUNER)

Schennach
(SCHENNACH)

schuhmann
(SCHUHMANN)

